

Unsicherheit und Inflation

Wirtschaftliche Lage und Aussichten 2022-2023

Inhaltsübersicht

| | |
|--|-----------|
| Ukraine-Krieg schwächt Weltwirtschaft | 1 |
| Deutsche Wirtschaft: Wachsend, aber mit Risiken | 3 |
| Aufschwung am Arbeitsmarkt geht weiter | 6 |
| Öffentliche Finanzen: Sinkende Defizite trotz neuer Belastungen ... | 7 |
| Tarifpolitik: Ziel Reallohnsicherung | 11 |

Ukraine-Krieg schwächt Weltwirtschaft

Der russische Angriff auf die Ukraine schwächt die Weltwirtschaft. Die Weltmarktpreise für Öl, Gas, Benzin, einige Industriemetalle und Nahrungsmittel sind nach Ausbruch des Krieges sehr stark gestiegen. Viele europäische Länder sind von russischer Energie abhängig. Ein europäisches Embargo für russisches Gas und Öl würde die Preise nochmals explodieren lassen. Viele Unternehmen müssten aufgrund einer unzureichenden Energieversorgung ihre Produktion drosseln oder einstellen. Die heimische Rechnung für importierte Energie belief sich zuletzt auf 2,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Ohne Lieferstopp dürften die Rohstoffpreise zukünftig aber wieder sinken.

Die kriegsbedingten Unterbrechungen der Lieferketten belasten die Erholung des Welthandels. So mussten deutsche Autobauer ihre Produktion einschränken, da keine Kabelbäume mehr aus der Ukraine geliefert werden konnten. Bereits

vor Kriegsausbruch stockte der globale Warenaustausch aufgrund von Transportproblemen und des Ausfalls chinesischer Produktionskapazitäten. Neue Corona-Ausbrüche in China haben zur Schließung von Fabriken und Hafenanlagen geführt. Darüber hinaus dämpft die große wirtschaftliche Unsicherheit die Investitionen.

Der Anstieg der Energiepreise und unterbrochene Lieferketten befeuern die Inflation in den Industrie- und Schwellenländern. Der Preisschub liegt zwischen sieben (EU, Euroraum, USA) und zehn Prozent (Brasilien). Diese starken Preissteigerungen drücken die Konsum- und Investitionsausgaben der Privathaushalte und Unternehmen. Die US-amerikanische und britische Zentralbank reagierten bereits auf die steigenden Energie-

und Verbraucherpreise und erhöhten ihre Zinsen. Die höheren Zinsen verschlechtern die Finanzierungsbedin-

» Einige Notenbanken haben bereits eine Zinswende eingeleitet. Stark steigende Zinsen können aber den Aufschwung abwürgen und Arbeitsplätze gefährden.

gungen vieler Staaten und Unternehmen. Die europäischen Notenbanker könnten ebenfalls schon bald die Zinsen anheben. Sie kaufen bereits weniger Wertpapiere. Noch liegt der europäische Leitzins aber auf der Nulllinie. Die europäischen Währungshüter handeln zu Recht sehr vorsichtig, weil die Gefahren einer Zinserhöhung für Produktion und Arbeitsmarkt sehr groß sind.

Trotz dieser schwierigen Umstände wird die Weltwirtschaft nach Berechnungen des IMK – Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung – im laufenden Jahr zwischen 3,5 und 3,9 Prozent wachsen. Schließlich belastet Corona die Weltwirtschaft nicht mehr so stark. Die Aufhebung vieler gesundheitlicher Eindämmungsmaßnahmen haben den Konsum und die Konjunktur angeschoben. Die höheren Staatsausgaben der

Anteil russischer Lieferungen an der Summe von Importen und Eigenproduktion bei Erdgas in den EU-Ländern

| | |
|-------------|-------|
| Estland | 100,0 |
| Finnland | 100,0 |
| Bulgarien | 99,5 |
| Lettland | 97,5 |
| Slowakei | 86,1 |
| Polen | 81,3 |
| Österreich | 80,2 |
| Slowenien | 79,5 |
| Ungarn | 78,0 |
| Litauen | 68,9 |
| Deutschland | 53,7 |
| Luxemburg | 53,7 |
| Tschechien | 53,5 |
| EU-27 | 38,7 |
| Rumänien | 38,0 |
| Dänemark | 34,8 |
| Italien | 33,4 |
| Kroatien | 27,8 |
| Frankreich | 7,6 |
| Niederlande | 5,2 |
| Belgien | 3,5 |
| Spanien | 0,5 |
| Irland | 0,1 |
| Portugal | 0,0 |

Quelle: Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2022. Zu Griechenland, Zypern, Malta und Schweden keine Angaben.

führenden Industriestaaten – Konjunkturprogramme und Unternehmenshilfen – taten ein Übriges. Bei einer weiteren Zuspitzung des Ukraine-Krieges und/oder der Lieferkettenprobleme würde jedoch das weltweite Bruttosozialprodukt nur noch zwischen 2 und 2,6 Prozent zunehmen.

Die US-Wirtschaft erholte sich letztes Jahr von den wirtschaftlich negativen Folgen der Pandemie. Das Sozialprodukt wuchs um 5,7 Prozent.

Die Investitionen und der private Konsum legten kräftig zu. Dieses starke Wachstum belebte den Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosenquote fiel auf unter vier Prozent. Auf dem Höhepunkt der Corona-Krise lag die Erwerbslosigkeit noch bei 14 Prozent. Der Aufschwung und die steigenden Energiepreise heizten die Inflation an. Die Preise stiegen im Februar 2022 im Vorjahresvergleich um fast acht Prozent. Die US-amerikanische Zentralbank hat jetzt den Leitzins um einen halben Prozentpunkt erhöht, um die Inflation zu dämpfen. Für das laufende Jahr erwartet das IMK für die US-Wirtschaft ein Wachstum von 3,2 Prozent und für 2023 ein Plus von 2,3 Prozent.

Auch Europa konnte 2021 die pandemiebedingte Wirtschaftskrise hinter sich lassen. Das Sozialprodukt der europäischen Volkswirtschaften und des Euroraums wuchs letztes Jahr um über fünf Prozent. Damit wurde das Vorkrisenniveau übertroffen. Treiber der guten wirtschaftlichen Entwicklung war der private Konsum. Am Stärksten erholten sich Irland, Griechenland, Frankreich und Italien. Die Arbeitslosenquote sank auf sieben (EU) bzw. 7,7 Prozent (Euroraum).

Der starke europäische Aufschwung wird aber nun durch den Ukraine-Krieg gedämpft. Die Betroffenheit der einzelnen europäischen Staaten steigt mit der Abhängigkeit von russischen fossilen Energieträgern.

Steigende Energie- und Lebensmittelpreise, Störungen der Liefer-

ketten und große wirtschaftliche Unsicherheit dämpfen europaweit Konsum und Investitionen. Dennoch wird für das laufende Jahr ein Wachstum von 3,3 Prozent – Euroraum 2,6 Prozent – erwartet. Sollte sich der Ukraine-Krieg jedoch

weiter zuspitzen, sinkt das Wachstum auf 1,7 Prozent (Euroraum: 0,4 Prozent).

Die chinesische Wirtschaft wuchs 2021 mit acht Prozent deutlich stärker als die europäische oder US-amerikanische Volkswirtschaft. Im Frühjahr belasteten jedoch erneute staatliche Eindämmungsmaßnahmen gegen Corona das chinesische Wachstum. Hinzu kam eine Krise der Immobilienwirtschaft. Im Anschluss drosselte Peking die Kreditvergabe. Folglich wird die chinesische Wirtschaft im laufenden Jahr nur um voraussichtlich 4,8 Prozent wachsen. Bei einer Ausweitung des Russland-Ukraine-Konflikts oder der Lieferkettenprobleme ist nur noch ein Plus von 3,5 Prozent zu erwarten.

Das Wachstum der Schwellenländer wird ebenfalls durch den russischen Angriffskrieg gedämpft. Der erwartete Zuwachs des Sozialprodukts liegt zwischen 1,2 (Brasilien) und 3,5 Prozent (Türkei).

Wirtschaft in Deutschland: Wachstum, aber mit Risiken

Die Konjunktur entwickelt sich in Deutschland derzeit positiv, gleichwohl gibt es mehrere belastende Faktoren. So sind insbesondere die deutsche Industrie, das Bauwesen und das Handwerk momentan mit massiven Materialengpässen und steigenden Beschaffungskosten konfrontiert, die die Produktion belasten. Im exportorientierten Fahrzeug- und Maschinenbau ist der Produktionsstau besonders groß. Hier können Bestellungen aufgrund fehlender Halbleiter und Steuerelemente – teils seit Monaten – nicht bedient werden. In vielen Branchen reagieren die Unternehmen darauf mit zunehmender Vorratshaltung, was die Lieferprobleme zusätzlich verschärft.

» **Der Ukraine-Krieg dämpft den Aufschwung. Je stärker die europäischen Staaten von russischer Energie abhängig sind, desto größer das Abschwungrisiko.**

Von den kriegsbedingt steigenden Energiepreisen ist Deutschland als ein Land, das einen großen Anteil seines Erdgases aus Russland importiert, besonders betroffen. Mehr als die Hälfte des importierten Erdgases stammt aus Russland; hierzulande wird kaum Erdgas gefördert. Erdgas wird nicht nur zum Heizen benötigt, sondern auch für die industrielle Produktion. Auf letztere entfällt etwa ein Drittel des gesamten deutschen Bedarfs, wobei Grundstoffchemie, Ernährungs- wirtschaft, Papiererzeugung, Metallerzeugung sowie Glas und Keramik den höchsten Verbrauch aufweisen.

Zugleich belasten steigende Verbraucherpreise die Privathaushalte. Besonders stark steigen die Preise für Energie und Nahrungsmittel. Dies bremst für sich genommen den privaten Konsum und damit die Nachfrage, es belastet die kon- junkturelle Entwicklung. Zudem wird die beste-

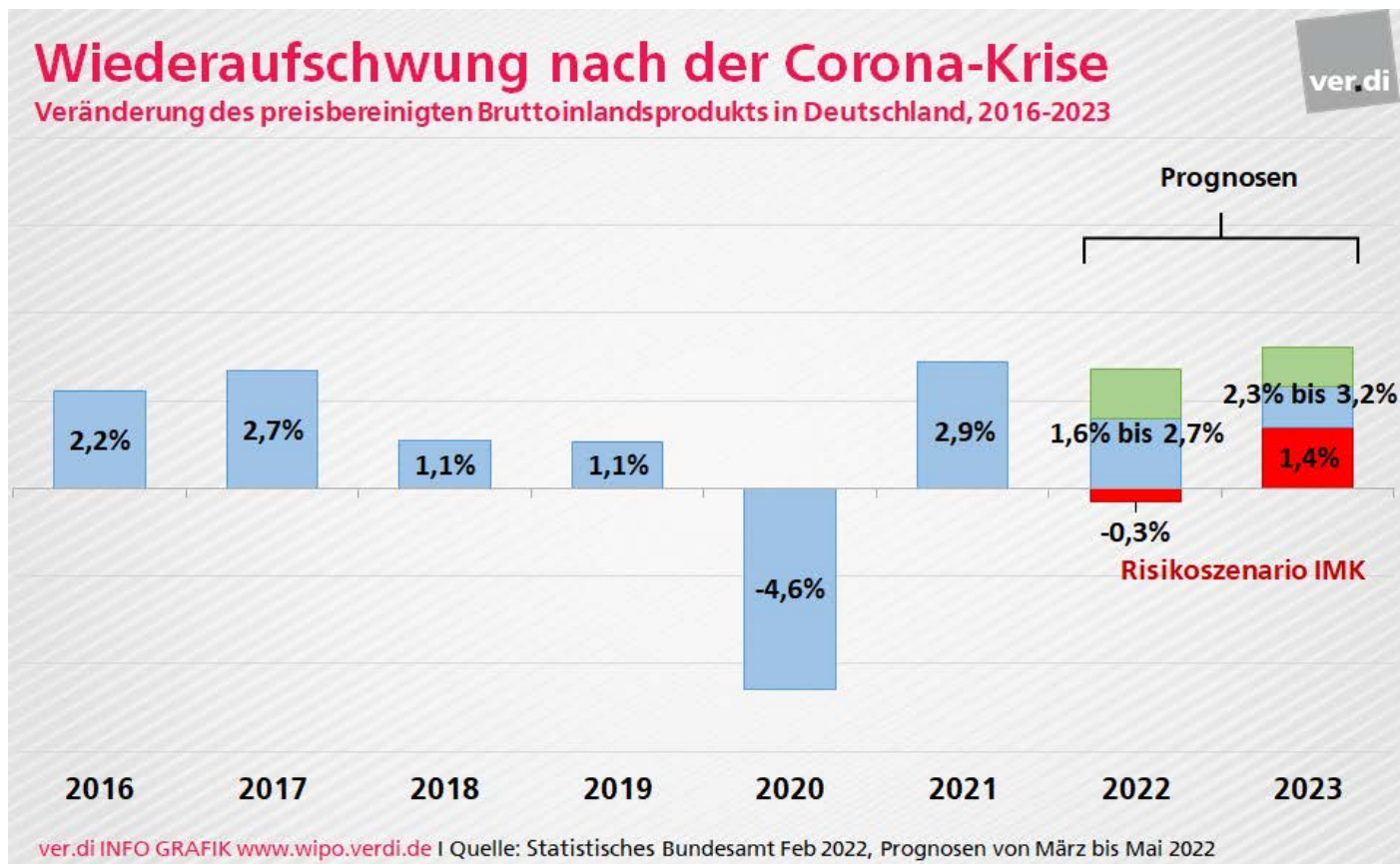
hende soziale Ungleichheit im Land massiv ver- schärft: Besonders betroffen sind Familien mit kleinem oder mittlerem Geldbeutel sowie kinder- lose Paare mit mittlerem Einkommen, wie Be-

» Die hohen Preise treffen ärmere und mittlere Haus- halte besonders.

rechnungen des IMK zeigen. Sie alle müssen ei- nen hohen An- teil ihres Ein-

kommens für Tanken, Heizen sowie Lebensmittel ausgeben. Dass die Bundesregierung hier mit zwei Entlastungspaketen gegensteuert, ist richtig und weitgehend angemessen. Sie stärkt damit die Nachfrage und wirkt einer zusätzlichen Ver- schärfung der sozialen Ungleichheit entgegen. Ob die Maßnahmen ausreichen, müssen die kom- menden Monate zeigen.

Positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung wirkt sich hingegen die deutliche Reduktion der Maß-



nahmen gegen die Corona-Pandemie aus. Es ergeben sich hierdurch – zumindest im Grundsatz – wieder mehr Möglichkeiten zu konsumieren. Die Verbraucherinnen und Verbraucher dürften aktuell und in den kommenden Monaten Geld ausgeben, das sie bislang zurückgehalten hatten. Dies dürfte die Nachfrage stärken; die Privathaushalte haben während der Pandemie zusätzliche Ersparnisse gebildet. Für Branchen, die coronabedingt Einschränkungen unterlagen, bestehen diese Restriktionen seit Ende März nicht oder kaum mehr. Dies dürfte beispielsweise im Kulturbereich, der Gastronomie, im Einzelhandel und bei körpernahen Dienstleistungen zu einem Aufschwung führen. Zuvor war es im Winter 2021/2022 aufgrund der neuerlichen Verschärfung der Maßnahmen gegen die Pandemie zu einem Einbruch der wirtschaftlichen Tätigkeit gekommen.

In den kommenden Monaten dürften die negativen Impulse durch Lieferkettenprobleme, Materialengpässe und steigende Preise gegenüber den positiven Impulsen durch das mögliche Ende der Pandemie überwiegen. Die weitere wirtschaftliche Entwicklung zu prognostizieren, ist für Wirtschaftsexperten in diesem Umfeld allerdings schwierig.

Unabhängig von einer möglichen Zuspitzung des Ukraine-Krieges oder der Lieferkettenprobleme erwartet das IMK weiter stark steigende Verbraucherpreise (6,2 Prozent in 2022, bei besonders stark steigenden Energiepreisen 8,2 Prozent), was den privaten Konsum und damit eine wichtige Komponente der Nachfrage hemmt. Wenn es nicht zu einer Zuspitzung des Ukraine-Krieges oder der Lieferkettenprobleme kommt, erwartet das IMK 2022 eine Ausweitung der Exporte (4,2 Prozent) und Importe (5,0 Prozent), andernfalls allerdings einen Rückgang bei beiden (aufgrund der dann preisbedingt schwächeren Nachfrage insbesondere bei den Importen mit -5,5 Prozent).

Die Ausrüstungsinvestitionen der Unternehmen dürften sich negativ entwickeln. Insbesondere im Falle eines starken Anstiegs der Preise wäre hier mit -15,2 Prozent ein deutlicher Rückgang zu erwarten. Sollte dieser Fall eintreten, so sieht das IMK auch 2023 keine Erholung bei den Unternehmensinvestitionen.

Das heimische Bruttoinlandsprodukt (BIP) war 2021 um 2,9 Prozent gestiegen, ein Wert, der deutlich unter den zu Beginn jenes Jahres getroffenen Prognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute lag. Für 2022 rechnet das IMK mit einem Anstieg um 2,1 Prozent; im Falle einer Zuspitzung des Ukraine-Krieges oder der Lieferkettenprobleme allerdings mit einem Rückgang um -0,3 Prozent.

In diese Prognosen nicht einberechnet sind die Auswirkungen eines Erdgas-Exportstopps seitens Russlands oder eines Erdgas-Importstopps seitens Deutschlands bzw. der Europäischen Union. Sollte es dazu kommen, so wäre angesichts der

» Ein Erdgas-Stopp hätte drastische Folgen.

großen Bedeutung russischen Erdgases für die Produktion in Deutschland mit

enormen Auswirkungen für Wirtschaft und Arbeitsmarkt zu rechnen. Eine Studie des Mannheimer Wirtschaftswissenschaftlers Tom Krebs für die Hans-Böckler-Stiftung hat jüngst ergeben: Ein sofortiger Lieferstopp bei russischem Erdgas würde das BIP in Deutschland alleine im ersten Jahr um rund 3 bis 8 Prozent einbrechen lassen. Zusätzlich würden die dann nochmals höheren Energiepreise auf der Nachfrageseite zu einem weiteren Rückgang des BIP führen: Der geringere Konsum und die wachsende Unsicherheit dürften die Wirtschaftsleistung um weitere 2 bis 4 Prozent reduzieren. Und anders als bei zurückliegenden Wirtschaftskrisen wäre mit einer raschen Erholung nicht zu rechnen, bliebe der Gashahn

doch in diesem Fall wahrscheinlich längerfristig oder dauerhaft zugekehrt. Weitere Wohlstandsverluste in den Folgejahren wären zu erwarten.

Aufschwung am Arbeitsmarkt geht weiter

Im Zuge der Corona-Pandemie und der gegen sie ergriffenen Gegenmaßnahmen war die Erwerbstätigkeit insbesondere in 2020 deutlich eingebrochen. Lock-Downs und Kontaktbeschränkungen belasteten insbesondere die Dienstleistungsbranchen, allen voran die Kultur, Gastronomie, körpernahe Dienstleistungen sowie Teile des Einzelhandels. Auch im vergangenen Jahr beeinflussten die Corona-Pandemie und die gesundheitspolitischen Gegenmaßnahmen die Erwerbstätigkeit und Beschäftigung.

In 2021 hat sich die Erwerbstätigkeit davon insgesamt wieder erholt, und auch zum Jahresbeginn 2022 stieg sie – trotz der ab Herbst 2021 erneuten Infektionswelle – weiter an. Allen voran nahm die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu.

» Die Erwerbstätigkeit nimmt weiter zu.

Überhaupt ist die aktuelle Erholung am Arbeitsmarkt ganz wesentlich durch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung getragen. Die ausschließlich geringfügige Beschäftigung („Minijobs“) hingegen ging im zurückliegenden Winter ebenso zurück wie die Zahl der Selbständigen. Ein wesentlicher Grund dafür waren die ab Herbst wieder verstärkten Maßnahmen gegen die Pandemie, insbesondere die Kontaktbeschränkungen. Mit Blick auf die sozial schlechter abgesicherten Minijobs ist allerdings zukünftig wieder eine Zunahme zu befürchten, sollte die Bundesregierung ihre Pläne zur Erleichterung und Ausweitung dieser prekären Beschäftigungsform umsetzen.

Die Zahl der Arbeitslosen ist saisonbereinigt seit Juni 2020 durchgängig rückläufig. Im März 2022 waren noch 2,3 Mio. Menschen arbeitslos, womit das Niveau der Vorkrisenzeit wieder erreicht war. Im ersten Quartal 2022 sank die Zahl der registrierten Arbeitslosen deutlich um 104.000 Personen. Dieser Trend ist allerdings nicht nur auf eine zunehmende Beschäftigung, sondern auch auf einen Rückzug vieler Erwerbsfähiger vom Arbeitsmarkt zurückzuführen: Die Zahl der Personen, die aktiv ihre Arbeitskraft anbieten, hat krisenbedingt abgenommen. Sie werden in der Statistik entsprechend nicht mehr als arbeitslos gewertet.

Die Kurzarbeit ist bis September 2021 auf 840.000 Beschäftigte zurückgegangen (ihr Höchstwert während der Corona-Krise lag im April 2020 bei 6 Mio.) Bis April 2022 dürfte ihre Zahl nach Hochrechnungen der Bundesagentur für Arbeit und des ifo-Instituts auf etwa 426.000 Beschäftigte weiter abgenommen haben, mit einem deutlichen Abbau insbesondere von März auf April. Der Rückgang ist vor allem auf den Dienstleistungsbereich zurückzuführen, aber auch in der Industrie ist die Kurzarbeit weiter rückläufig.

Die weitere Entwicklung des Arbeitsmarkts wird entscheidend von der weiteren konjunkturellen Entwicklung abhängen, die momentan nur schwer zu prognostizieren ist. Ohne größere Rückschläge dürften Erwerbstätigkeit und Beschäftigung ihre Erholung weiter fortsetzen. Der Ukraine-Krieg, die steigenden Preise und die Lieferkettenprobleme dürften den Beschäftigungszuwachs allerdings verlangsamen. Das IMK rechnet in 2022 mit einem Anstieg der Zahl der Erwerbstätigen um 1,1 Prozent und der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 1,6 Prozent. Damit dürfte die abhängige Beschäftigung weiterhin der Treiber der Erholung der Erwerbstätigkeit sein. Spiegelbildlich erwartet das IMK einen

Rückgang der Arbeitslosenquote von 5,7 Prozent auf 4,9 Prozent.

Kommt es hingegen zu Rückschlägen, etwa durch verschärfte Lieferkettenprobleme aufgrund der Pandemie oder durch einen weiteren drastischen Anstieg der Energiepreise, so wäre eine schlechtere Entwicklung bei Erwerbstätigkeit und Beschäftigung die Folge. Insbesondere die Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe dürfte dann nachlassen. Die Arbeitslosenquote dürfte in diesem Fall in 2022 weniger stark sinken, das IMK erwartet dann einen Rückgang auf 5,3 Prozent. Die Auswirkungen eines möglichen Lieferstopps russischen Erdgases sind in diesen Zahlen gleichwohl nicht berücksichtigt.

Öffentliche Finanzen: Sinkende Defizite trotz neuer Belastungen

Die Finanzlage der öffentlichen Haushalte ist weiterhin von den Auswirkungen der Corona-Pandemie geprägt, zudem von der stark gestiegenen Inflation, und des Weiteren von neuen Belastungen und Ausgaben durch den Krieg Russlands gegen die Ukraine und die darauf antwortenden Sanktionen.

In 2021 stiegen die Unterstützungsleistungen für Unternehmen in der Pandemie nach Schätzungen der Bundesbank auf fast 60 Milliarden Euro, die Corona-bedingten Gesundheitsausgaben vor allem für Impfungen und Tests auf etwa 40 Milliarden Euro. Dazu kamen erhöhte Subventionen für Klimaschutzmaßnahmen. Zugleich stiegen, nach einem Rückgang in 2020, die Steuereinnahmen mit etwa 12 Prozent stärker als erwartet, vor allem die Gewinn- und die Mehrwertsteuern. Im Ergebnis betrug das gesamtstaatliche

Finanzierungsdefizit rund 132 Milliarden Euro. Das sind 3,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, 13 Milliarden Euro weniger als 2020 und deutlich weniger als vor einem Jahr geschätzt. Das Defizit fiel vollständig beim Bund an, Kommunen und Länder verzeichneten kleine Überschüsse.

In 2022 sollen die Ausgaben stark zurückgefahren werden. Einige steuerliche Entlastungen für Unternehmen (Verlustverrechnung und erhöhte Abschreibungen) und für Beschäftigte (Pflegebonus, Home-Office, Kurarbeitergeld)

» **Die Bundesregierung unterstützt Unternehmen und Haushalte.**

werden aber auch verlängert. Zu erheblichen Mehrausgaben

und Mindereinnahmen führen die Maßnahmen zur Entlastung der Haushalte von den hohen Energiepreisen. Die Entlastungspakete beinhalten die vorgezogene Abschaffung der EEG-Umlage, die rückwirkende Anhebung des steuerlichen Grundfreibetrags sowie den Kinderbonus, die Energiepauschale, den Heizkostenzuschuss und die befristete Absenkung der Energiesteuer und das Neun-Euro-ÖPNV-Ticket.

Vor dem Hintergrund von Belastungen durch den Ukraine-Krieg und Sanktionen gegen Russland wurden von der Bundesregierung im Haushaltsentwurf 2022 Unterstützungsmaßnahmen für betroffene Unternehmen beschlossen. Es geht um Kredit- und Bürgschaftsprogramme, Finanzierungs- und Kapitalhilfen sowie einen befristeten Zuschuss bei besonders hohen Energiekosten. Dazu kommen Mittel für die Kommunen und für Militärhilfe an die Ukraine.

Um das 2-Prozent-Ziel der NATO - Steigerung der Militärausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts - zu erreichen, soll ein „Sondervermögen Bundeswehr“ im Umfang von 100 Milliarden Euro eingerichtet und gesondert im Grundgesetz verankert werden. Das „Sondervermögen“ wird über erhöhte Kreditaufnahme aufgebracht, es handelt sich somit um eine besondere Kreditermächtigung. Diese soll von den Regelungen der Schuldenbremse ausgenommen werden, anstatt dieses ökonomisch schädliche Instrument insgesamt abzuschaffen oder zumindest zu reformieren. Aus dem Sondervermögen sollen jährlich etwa 20 Mil-

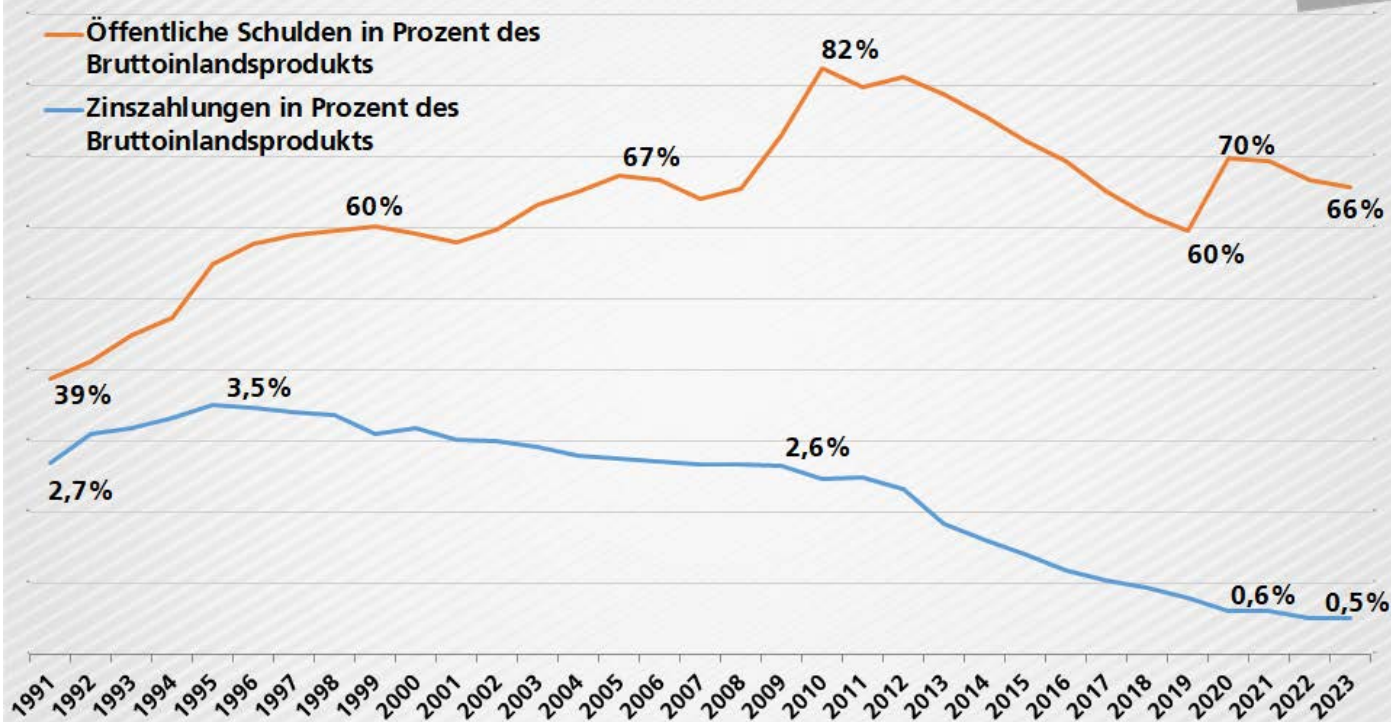
» Tilgungen und Zinsen für die Sondervermögen Bundeswehr und Klimafonds müssen aus den Haushalten bezahlt werden.

liarden Euro an zusätzlichen Militärausgaben finanziert werden, welche die laufenden Verteidigungsausgaben des Bundes aufstocken. ver.di lehnt das Sondervermögen zur Erhöhung der Verteidigungsausgaben ab.

Noch 2021 wurde im Rahmen der Ausnahmeregelungen der Schuldenbremse in der Pandemie 60 Milliarden Euro in einen Energie- und Klimafonds eingestellt. Die Tilgungen und (geringen) Zinsen für diese Fonds werden aber künftig aus dem Haushalt aufgebracht werden müssen. Dadurch werden die Spielräume für andere Ausgaben eingengt.

Die so genannte Staatsquote – die Ausgaben von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen im Verhältnis im BIP – war in den letzten zwei Jahren pandemiebedingt stark von 45 auf über 51 Prozent gestiegen. In 2022 wird die Staatsquote voraussichtlich wieder auf etwa 49

Sinkende Belastung durch öffentliche Schulden



Prozent und 2023 auf unter 48 Prozent sinken – es sei denn, der Konjunkturmorgen verdunkelt sich.

Auf der Einnahmenseite erwartet die aktuelle Steuerschätzung aus dem Mai 2022 gut 40 Mrd. Euro höhere Einnahmen pro Jahr als die letzte Schätzung, bei hoher Unsicherheit. Dies ist teilweise Resultat der höheren Inflation. Für 2022 fallen allerdings mehr als die Hälfte der Mehreinnahmen schon wieder weg, da die Entlastungspakete der Bundesregierung in der Schätzung nicht berücksichtigt wurden. Die staatliche Einnahmequote – Staatseinnahmen im Verhältnis zum BIP – wird daher voraussichtlich 2022 sinken. Auch in den folgenden Jahren drohen erhebliche Mindereinnahmen.

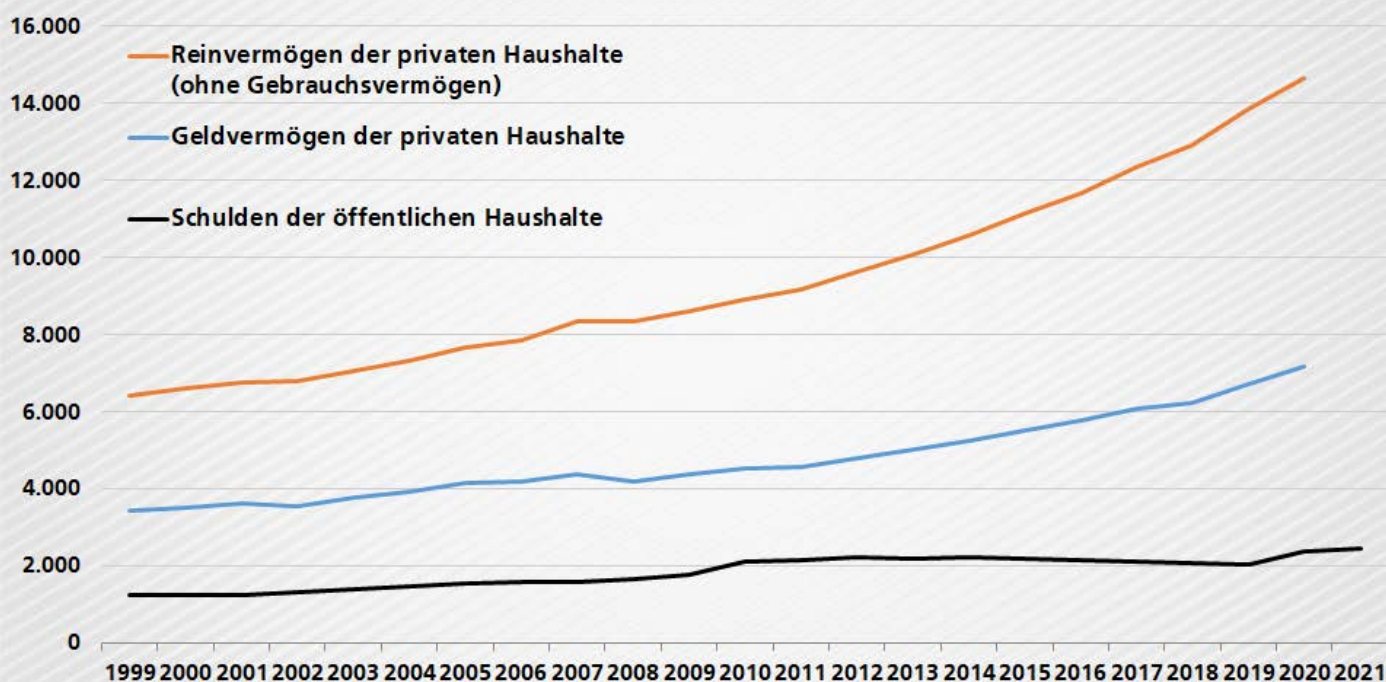
Für das laufende Jahr erwarten die verschiedenen Prognosen aus dem März und April 2022

einen Rückgang des gesamtstaatlichen Finanzierungsdefizits auf deutlich unter 100 Mrd. Euro. Dies entspricht 1,5 bis 2,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. In der Aktualisierung des Stabilitätsprogramms der Bundesregierung von April 2022 wird allerdings - unter Berücksichtigung der im April neu beschlossenen Maßnahmen im Umfang von zusätzlich 39 Milliarden Euro Kreditaufnahme - von einem höheren Defizit von weit über 100 Mrd. Euro ausgegangen.

Nächstes Jahr dürfte das Staatsdefizit zurückgehen. Anders sieht es allerdings bei einem Embargo von Energielieferungen aus Russland aus. Dann würde das staatliche Defizit deutlich höher ausfallen und vor allem 2023 in Folge des Wirtschaftseinbruchs wieder stark zunehmen.

Die Schuldenstandsquote des Gesamtstaates – Verschuldung im Verhältnis zum BIP – stieg in

Privater Reichtum - öffentliche Schulden in Milliarden Euro am Jahresende



der Corona-Krise von unter 60 auf über 69 Prozent. In der Projektion des Stabilitätsprogramms wird sie 2022 auf unter 67 und 2023 auf unter 66 Prozent und in den folgenden Jahren sinken. Diese Verschuldung ist unproblematisch, weil die Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte in den letzten 20 Jahren von 14 Prozent (2001) auf nur noch 2,4 Prozent der Steuereinnahmen (2021) gesunken ist. Sie wird voraussichtlich auch bei etwas höheren Zinsen auf diesem niedrigen Niveau bleiben.

Nächstes Jahr plant die Bundesregierung die normalen Regelungen der Schuldenbremse wieder einzuhalten. Danach hätte sie nur sehr geringe Kreditaufnahmespielräume in Höhe von knapp 15 Milliarden Euro jährlich.

Im Entwurf für den Bundeshaushalt 2022 sind jetzt knapp 140 Milliarden Euro Nettokreditaufnahme vorgesehen, für 2023 sind nur noch sieben Milliarden Euro geplant, eine extrem scharfe Bremsung. Der Verteidigungsetat soll dieses Jahr um sieben Prozent erhöht werden, viele andere Etats sollen dagegen schrumpfen. Für die kommenden Jahre sind nur minimale, weit unter der Inflationsrate liegende Ausgabenzuwächse geplant. Dazu steht im Eckwertebeschluss der Bundesregierung: „Für die Auswirkungen der nächsten Tarif- und Besoldungsrunde 2023 auf den Bundeshaushalt ist keine Vorsorge getroffen. Sofern Mehrausgaben entstehen, sind diese in den Einzelplänen zu erwirtschaften.“

Die erforderlichen Ausgaben für eine soziale Gestaltung der Klimapolitik werden sich so nicht bestreiten lassen. Für die Investitions- und Personalbedarfe in den Bereichen Gesundheit und Altenpflege und weiteren öffentlichen und sozialen Diensten sowie für die Verbesserung sozialer Leistungen (Rente, Grundsicherung, Arbeitsmarktpolitik usw.) ist dann nicht genug Geld da.

Um die enormen Finanzierungsbedarfe für eine sozial-ökologische Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft sozial gerecht aufzubringen, fordert ver.di daher eine einmalige Abgabe

» Um die enormen Finanzierungsbedarfe sozial gerecht aufzubringen, fordert ver.di daher eine einmalige Abgabe auf hohe Vermögen.

auf hohe Vermögen. Nettovermögen, also Vermögen nach Abzug

der Schulden, sollen mit einer Abgabe belegt werden, die dann im Verlauf von 20 Jahren abbezahlt wird. Freibeträge von zwei Millionen Euro pro Person und fünf Millionen Euro für Betriebsvermögen plus Alterssicherungsvermögen sorgen dafür, dass nur Großvermögen belastet werden. Die Abgabe soll mit dem Vermögenswert steigen, von 10 Prozent bis auf 30 Prozent ab 50 Millionen Euro. Die maximale Belastung läge dann bei sehr großen Vermögen bei knapp 1,5 Prozent pro Jahr, für die allermeisten weit niedriger.

ver.di fordert auch weiterhin eine umverteilende und gerechte Steuerpolitik, die den privaten Reichtum stärker besteuert, um notwendige öffentliche und soziale Leistungen zu finanzieren. Darüber hinaus müssen übermäßige Alt schulden finanzschwacher Kommunen durch einen Altschuldenfonds von Bund und Ländern übernommen werden. Das Steuerkonzept der DGB-Gewerkschaften brächte Mehreinnahmen von etwa 60 Milliarden Euro im Jahr. Dieses wurde im Koalitionsvertrag leider nicht aufgegriffen.

Tarifpolitik: Ziel Reallohnsicherung

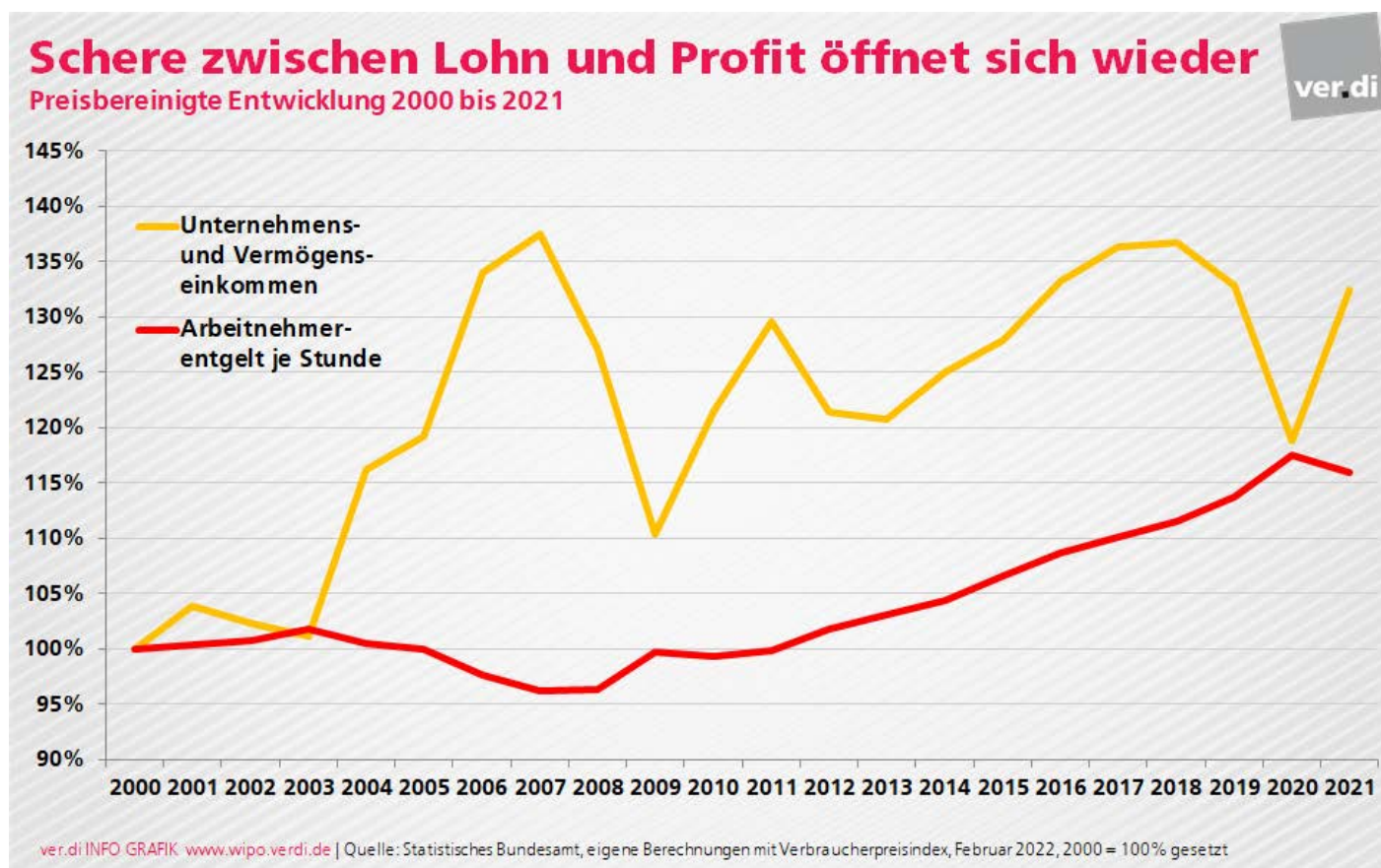
Die Tariflöhne sind letztes Jahr um durchschnittlich 1,6 Prozent gestiegen, nach 2,0 Prozent in 2020 und 2,9 Prozent in 2019. Die Inflationsrate lag letztes Jahr bei 3,1 Prozent und in 2020 bei 0,5 Prozent. Die tatsächlichen Monatseinkommen wurden stark durch die hohe Kurzarbeit geprägt. Unter dem Strich konnten die Reallohne in Pandemiezeiten gesichert werden. Dazu haben auch die steuer- und abgabenfreien Corona-Prämien beigetragen.

Im Verlauf des letzten Jahres hat sich die Inflation immer weiter beschleunigt und erreicht seit Beginn des Ukraine-Krieges Rekordwerte von über sieben Prozent gegenüber dem Vorjah-

resmonat, im April waren es 7,4 Prozent. Die Inflation beruht hauptsächlich auf dem Anstieg von Energie- und anderen Rohstoff-, Transport- und Nahrungsmittelpreisen, der durch Spekulation und Preispolitik von Konzernen noch gesteigert wird. Familien und Geringverdienende sind besonders stark betroffen.

Für das laufende Jahr erwarten die Forschungsinstitute eine Inflationsrate von gut sechs Prozent, für den Fall eines Energieembargos noch höhere Werte bis über acht Prozent. Für 2023 wird erwartet, dass die Inflationsrate wieder auf etwa drei Prozent zurückgeht, da sie hauptsächlich auf besonderen Faktoren beruht, die sich nicht weiter so fortsetzen werden.

Dabei sind die Gewinne 2021 kräftig gestiegen, nachdem sie 2020 krisenbedingt gesunken waren. Die Lohnquote – der Anteil der Löhne am



Volkseinkommen – ist 2021 erheblich gesunken, nachdem sie 2019 und 2020 gestiegen war. Laut DZ Bank werden die börsennotierten Unternehmen in diesem Jahr insgesamt 57 Milliarden Euro an Dividenden ausschütten. Das ist ein Plus von 30 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Ganz vorne liegt dabei die Autoindustrie. Die Entwicklung dieses Jahres wird wesentlich von der Wirtschaftsentwicklung vor dem Hintergrund der globalen Konflikte und Unsicherheiten abhängen.

In den laufenden und kommenden Tarifrunden kommt es vor allem darauf an, die erhöhten Preissteigerungen auszugleichen und die Realeinkommen der Beschäftigten und ihrer Familien zu sichern. Das wird sehr schwierig, da auch die Unternehmen von den höheren Preisen für Vorleistungen betroffen sind. Andererseits ist klar: Von einer „Lohn-Preis-Spirale“ kann nicht die Rede sein. Die Preise werden von den Unternehmen festgesetzt. Dabei wird immer eine Gewinnspanne einkalkuliert. Die Arbeitgeber wollen

jetzt die gestiegenen Kosten möglichst vollständig auf die Konsumenten und die Beschäftigten abwälzen.

Spielräume für höhere Löhne sind angesichts des zu erwartenden Wachstums und der Gewinnsteigerungen da. Lohnsteigerungen sind auch wichtig um die Kaufkraft und Nachfrage zu stützen und die Krise möglichst schnell hinter sich zu

» Die zentrale Zielsetzung der laufenden und kommenden Tarifrunde ist die Sicherung der Reallöhne.

lassen. Zusätzlich sind weiterhin staatliche Entlastungsmaßnahmen nötig,

über die bereits beschlossenen Entlastungspakete hinaus, um steigende Preise zumindest teilweise aufzufangen. Letztlich entscheiden die Kräfteverhältnisse in den Tarifauseinandersetzungen, sprich die Mobilisierungs- und Durchsetzungskraft der Gewerkschaften darüber, was am Ende herauskommt.

Impressum

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft Bundesvorstand, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin – Ressort 1, Frank Werneke
Bereich Wirtschaftspolitik: Dr. Dierk Hirschel, Ralf Krämer, Dr. Patrick Schreiner, Anita Weber. Mai 2022.

Kontakt: wirtschaftspolitik@verdi.de